

# Luzerner Zeitung

Freitag, 2. November 2018

AZ 6002 Luzern | Nr. 253 | Fr. 3.50 | € 4.- [www.luzernerzeitung.ch](http://www.luzernerzeitung.ch)



**Fehltritt am Podium**  
Heidi Z'graggen  
bezeichnet Zuschauer  
als «Depp». 5

## Finanzreform erntet Kritik

**Kanton Luzern** Der Luzerner Regierungsrat hat die grösste Finanzreform der letzten Jahre präsentiert: die Aufgaben- und Finanzreform (AFR) 2018. Diese sieht vor, Aufgaben im Umfang von 200 Millionen zwischen Kanton und Gemeinden neu zu verteilen. Der Kantonsrat berät die AFR im Dezember und Januar. Im Mai 2019 soll sie bereits an die Urne kommen – viel zu schnell, finden Parteien von links bis rechts. Es sei unrealistisch, diesen Zeitplan einzuhalten, heisst es. Einzelne Gemeindevertreter kritisieren zudem, dass sie von der Reform zu stark belastet würden und in wenigen Jahren schon ihre Steuern erhöhen müssen. (jon) 29

## Im Gemeinderat fehlen die Jungen

**Nachwuchssorgen** In der Politik geht es oft um die Zukunft. Doch wenn diese in den Schweizer Gemeinderäten gestaltet wird, dann fehlen meist ausgerechnet die Jungen. Nur 5,6 Prozent der Gemeinderäte sind unter 35 Jahre alt. Das zeigt eine noch unveröffentlichte Studie der Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur. Laut der Studie, für die 602 Gemeinden in der Deutschschweiz befragt wurden, ist der Anteil der jungen Gemeinderäte zwar im Vergleich zur letzten Amtsperiode um 15 Prozent gestiegen. Noch immer stammt aber nur jedes 18. Exekutivmitglied aus der U35-Generation. (dw) 4  
Kommentar 6. Spalte

## Ökonomen erwarten Wende

**Zinsen** Seit Jahren dümpeln die Zinsen in der Schweiz entweder im Negativbereich oder um die Null-Prozent-Marke vor sich hin. Als Folge davon fließen mangels Alternativen Milliarden in den Immobilienmarkt. Nicht einmal die steigende Leerstandsquote bei den Mietwohnungen bringt die Investitionen ins Stocken. Wie lange dieser Boom noch anhalten wird, ist ungewiss. Ökonomen rechnen in der Schweiz mit einer baldigen Zinswende. Die USA haben eine solche bereits hinter sich. Dort hat sich aber gezeigt: Eine Zinswende muss nicht zwingend einen Einbruch auf dem Immobilienmarkt mit sich bringen. (gr) 9

# Leuthard enttäuscht Luzern

**Bahn** Der Bundesrat will den Durchgangsbahnhof Luzern für 100 Millionen Franken weiter planen. Wann dieser gebaut wird, lässt er offen. Luzern stellt klare Forderungen.

Christian Glaus

Die Zentralschweiz kommt beim Ausbauschritt 2035 der Bahninfrastruktur zum Handkuss: Der Bundesrat will für 1,6 Milliarden Franken den Zimmerberg-Basistunnel zwischen Baar und Thalwil bauen. Zum Projekt gehören weitere Massnahmen wie beispielsweise ein drittes Gleis zwischen Zug und Baar oder Ausbauten in Rotkreuz und Ebikon.

Damit ist aber nur die Mindestforderung der Zentralschweiz erfüllt. Denn der Durchgangsbahnhof Luzern wird in den nächsten Ausbauschritt, welcher Investitionen von 11,9 Milliarden Franken umfasst, nicht aufgenommen. Dies gab Bundesrätin

«Meine Befürchtung ist, dass es nach der Projektierung Verzögerungen gibt.»



**Robert Küng**  
Luzerner Regierungsrat (FDP)

Doris Leuthard am Mittwoch bekannt. Sie begründete dies damit, dass das Luzerner Projekt zu wenig weit fortgeschritten sei. Zudem entfalte der Durchgangsbahnhof erst seine volle Wirkung, wenn der Zimmerberg-Basistunnel in Betrieb sei. Immerhin: Der Bundesrat will das Bahnhofsprojekt für rund 100 Millionen Franken weiter vorantreiben. Ob dieses in den übernächsten Ausbauschritt aufgenommen wird, lässt der Bundesrat allerdings offen.

### Luzern will Geld für vorbereitende Arbeiten

Der Luzerner Regierungsrat Robert Küng (FDP) ist enttäuscht, dass der Durchgangsbahnhof im Ausbauschritt 2035 nicht explizit

erwähnt ist. Er fordert, dass nicht nur Gelder für die Planung gesprochen werden, sondern auch für Bauvorbereitungsarbeiten. Und es brauche ein klares Bekenntnis für das Projekt. «Meine Befürchtung ist, dass es sonst nach der Projektierung zu Verzögerungen kommt», so Küng.

Diese Meinung teilen die Zentralschweizer Parlamentarier. Sie wollen sich weiter für die Forderungen des Kantons Luzern einsetzen. Es brauche nicht nur Geld für die Planung, sagt etwa der Nidwaldner Ständerat Hans Wicki (FDP), der auch Präsident des Komitees Durchgangsbahnhof Luzern ist. «Das zu konkretisieren, gehört nun zum parlamentarischen Prozess.» 25

## Zum Schlafen in die Kapsel



**Luzern** Allzu hohe Ansprüche an die Unterkunft dürfen die Touristen hier nicht haben: Am Hirschengraben in Luzern ist gestern das erste Kapselhotel der Schweiz eröffnet worden. Den Gästen stehen zwei Quadratmeter zur Verfügung – inklusive TV und Safe. Die Nacht in einer der 18 Plastikboxen kostet 35 bis 60 Franken. 27

Bild: Manuela Jans-Koch (Luzern, 1. November 2018)

## Kommentar Potenzial nutzen

**Es ist ein Lied, das gerne gesungen wird, seit längerem schon und immer öfter:** das von den Jungen, die nur noch an sich selber interessiert seien, auf den eigenen Vorteil bedacht und sonst gar nichts. Und bestimmt nicht bereit, sich in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Etwa Teil des angeschlagenen Schweizer Milizsystems zu werden, als Gemeinderat zum Beispiel. Nun muss dieses Lied ein wenig umgeschrieben werden. Denn ganz so egoistisch und desinteressiert scheint die U35-Generation doch nicht zu sein. Zu diesem Schluss kommt zumindest eine neue Studie. Laut ihr können sich 20 Prozent der jungen Deutschschweizer vorstellen, in ihrer Gemeinde ein Amt zu übernehmen.

Das ist, zuerst einmal, eine gute Nachricht für die Gemeinden. Sie haben Mühe, ihre Exekutiven zu besetzen, und besonders schwer fällt es ihnen, junge Leute zu rekrutieren: 70 Prozent der Gemeinden geben an, dass es an politischem Nachwuchs mangelt. Das spiegelt sich auch im Anteil der unter 35-Jährigen in den Gemeinderäten. Er beträgt nur knapp 6 Prozent. Ein guter Altersmix sieht anders aus. Dabei wäre die Stimme der Jungen in der Politik, wo die Weichen für die Zukunft gestellt werden, besonders wichtig.

Die Studie legt nahe, dass der Anteil der unter 35-Jährigen deutlich höher sein könnte. Natürlich: Von der Absichtserklärung bis zum Amtsantritt ist es ein weiter Weg. Und doch verpufft hier derzeit einiges Rekrutierungspotenzial. Deshalb sind Gemeinden und Parteien gefordert: Sie müssen die Jungen ansprechen, sie an der Hand – und damit in die Pflicht – nehmen. Und so die schönen Absichtserklärungen einem Realitätscheck unterziehen.



**Dominic Wirth**  
[schweiz@luzernerzeitung.ch](mailto:schweiz@luzernerzeitung.ch)

Auch das noch!

## Jagdhund schießt auf Jäger

**El Paso** Ein Jagdhund soll in der Nähe von El Paso im US-Bundesstaat Texas seinen Besitzer mit dessen Flinte angeschossen und lebensgefährlich verletzt haben. Der 74 Jahre alte Jäger überlebte den Schuss in die Brust, weil er sich noch ans Mobiltelefon retten und Hilfe rufen konnte.

Das sagte er der Lokalzeitung. Er wurde in einem Spital operiert und befindet sich inzwischen in einem Reha-Zentrum. Der Mann hatte in der Wüste bei Las Croces Präriehasen gejagt und wollte mit seinem Pick-up nach Hause fahren. Die Schusswaffe lag geladen auf dem Rücksitz, als sich der Rottweiler-Mischling Charlie mit dem Fuss im Abzug verfangen. Der Schuss traf den Mann durch die Lehne des Fahrersitzes in die Brust. «Ich habe grosses Glück gehabt, ich konnte an mein Telefon gelangen», sagte der Mann der Zeitung. (sda)

## Berner spendet eine Milliarde

**Umweltschutz** Der gebürtige Berner Unternehmer und Mäzen **Hansjörg Wyss** (Bild) will mit seiner Stiftung eine Milliarde Dollar für den Umweltschutz spenden. Wyss will Land und Meeresgebiete schützen und für bessere Luft und sauberes Trinkwasser sorgen.

Der 83-Jährige schrieb in einem Gastbeitrag für die US-Zeitung «New York Times» vom Mittwoch, dass er das Geld in den nächsten zehn Jahren über seine Stiftung spenden werde. Landflächen und Gewässer würden am besten erhalten, wenn diese zu öffentlichen Nationalparks, Wildtiergebieten oder Meereschutzgebieten würden.

## Bessere Verwaltung von Schutzgebieten

Der Bauingenieur und Manager, der an der US-Ostküste lebt, will dazu beitragen, bis ins Jahr 2030 rund 30 Prozent der Erdoberfläche in einem natürlichen Zustand zu erhalten, wie die «The Wyss Foundation» mitteilte. Konkret will die «Wyss Campaign for Nature» lokale Bemühungen unterstützen etwa für eine bessere Verwaltung von Parks und Schutzgebieten. Daneben will der Mäzen auch die Forschung an der Universität Bern unterstützen. (sda)

# Regierung räumt Fehler ein

**Tierquälerei** Im Fall des Pferdehändlers aus Hefenhofen hat eine unabhängige Kommission Fehler auf verschiedenen Ebenen ausgemacht. Die Thurgauer Regierung entschuldigt sich nun.

46 Bundesordner mit Akten. Durch so viele Daten musste sich eine achtköpfige Untersuchungskommission im Fall Hefenhofen wälzen. 49 Behördenvertreter wurden befragt, die mit dem Pferdehändler aus ebendiesem Hefenhofen, einer Gemeinde im Thurgau, zu tun hatten. Am Mittwoch präsentierte die Kommission unter der Leitung des Zuger alt Regierungsrats Hanspeter Uster in Frauenfeld das Ergebnis.

Angeordnet wurde die Untersuchung vom Thurgauer Regierungsrat im September 2017. Dies, als im August 2017 die seit 1995 andauernden Auseinandersetzungen zwischen den Thurgauer Behörden und dem Pferdehändler eskaliert waren. Es kam zu einem Polizeieinsatz, bei dem der Hof geräumt wurde. Die

Kommission sollte überprüfen, wie Verwaltung und Politik in diesem Fall gearbeitet haben.

## Verletztes Fohlen getötet statt gepflegt

Uster stellte Versäumnisse auf verschiedenen Ebenen – nicht nur im Veterinäramt – fest. Involviert gewesen sei eine ganze Reihe von Ämtern und Departementen. Insgesamt hätten die Behörden stets geschwankt zwischen Deeskalation und Repression.

Die Massnahmen zur Deeskalation hätten aber eher die Position des Pferdehändlers gestärkt. Weil dafür Verfahren sistiert wurden, habe man Druckmittel aus der Hand gegeben. Uster schilderte ein Beispiel, bei dem die Behörden die Sicherstellung eines verletzten Fohlens nicht durch-

setzten. Den Erhalt des Herausgabebefehls habe der Pferdehändler mit einem grossen Lachen unterzeichnet und in der Folge das Fohlen kurzerhand mit einem Bolzenschussgerät getötet. «Dieses Lachen halte in den Köpfen der Betroffenen noch sehr lange nach», schilderte Uster.

Die Untersuchungskommission empfiehlt eine ganze Reihe von organisatorischen und strukturellen Anpassungen. Bei der Kantonspolizei soll eine Fachstelle zur Ermittlung von Strafsachen im Tierschutz eingerichtet werden. Weiter brauche es das Beschwerderecht eines Tierschutzdachverbandes.

Direkt nach Usters Ausführungen nahmen die Thurgauer Regierungsräte Cornelia Komposch und Walter Schönholzer

Stellung. Die ganze Regierung war dabei anwesend. Über all die Jahre habe es keine kohärente und erfolgversprechende Strategie gegeben, die auch durchgesetzt wurde, räumte Regierungspräsidentin Komposch ein. Aus Sicherheitsbedenken, aber auch aus rechtlichen, sozialen und finanziellen Überlegungen sei man nicht mit der notwendigen Konsequenz vorgegangen.

## Veterinäramt wird verstärkt

Für die Feinschätzungen und Versäumnisse sei nicht eine Person, ein einzelnes Amt oder Departement verantwortlich. Deshalb seien auch keine personellen Konsequenzen angezeigt, aber Veränderungen auf verschiedenen Ebenen. Unter anderem wird

das Veterinäramt personell verstärkt. Im Namen der Regierung entschuldigte sich Komposch für die Fehler und für das Tierleid, das entstanden sei.

Der Kanton rechnet für die Untersuchung mit Kosten von 818 000 Franken. Der Verkauf der beschlagnahmten Pferde brachte 245 000 Franken ein. Die erwarteten Kosten für die Vollstreckung des Tierhaltverbots fallen dadurch mit 67 000 Franken moderat aus. Unabhängig von der Arbeit der Untersuchungskommission befasste sich auch die Justiz mit dem Fall. So wurden von Tierschutzorganisationen Strafanzeigen gegen den Thurgauer Kantonstierarzt und gegen dessen Stellvertreter eingereicht. Die Abklärungen dazu laufen noch. (sda/jon)

## Gras soll legal werden

**Mexiko** Das Oberste Gericht in Mexiko hat ein komplettes Verbot von Marihuana für den Privatgebrauch für verfassungswidrig erklärt – und damit den Weg für eine legale Nutzung der Droge geebnet. Zwar legalisiert das Urteil vom Mittwoch den Gebrauch von Marihuana nicht. Die Entscheidung schaffte aber einen Präzedenzfall, dem zukünftige Urteile folgen müssen.

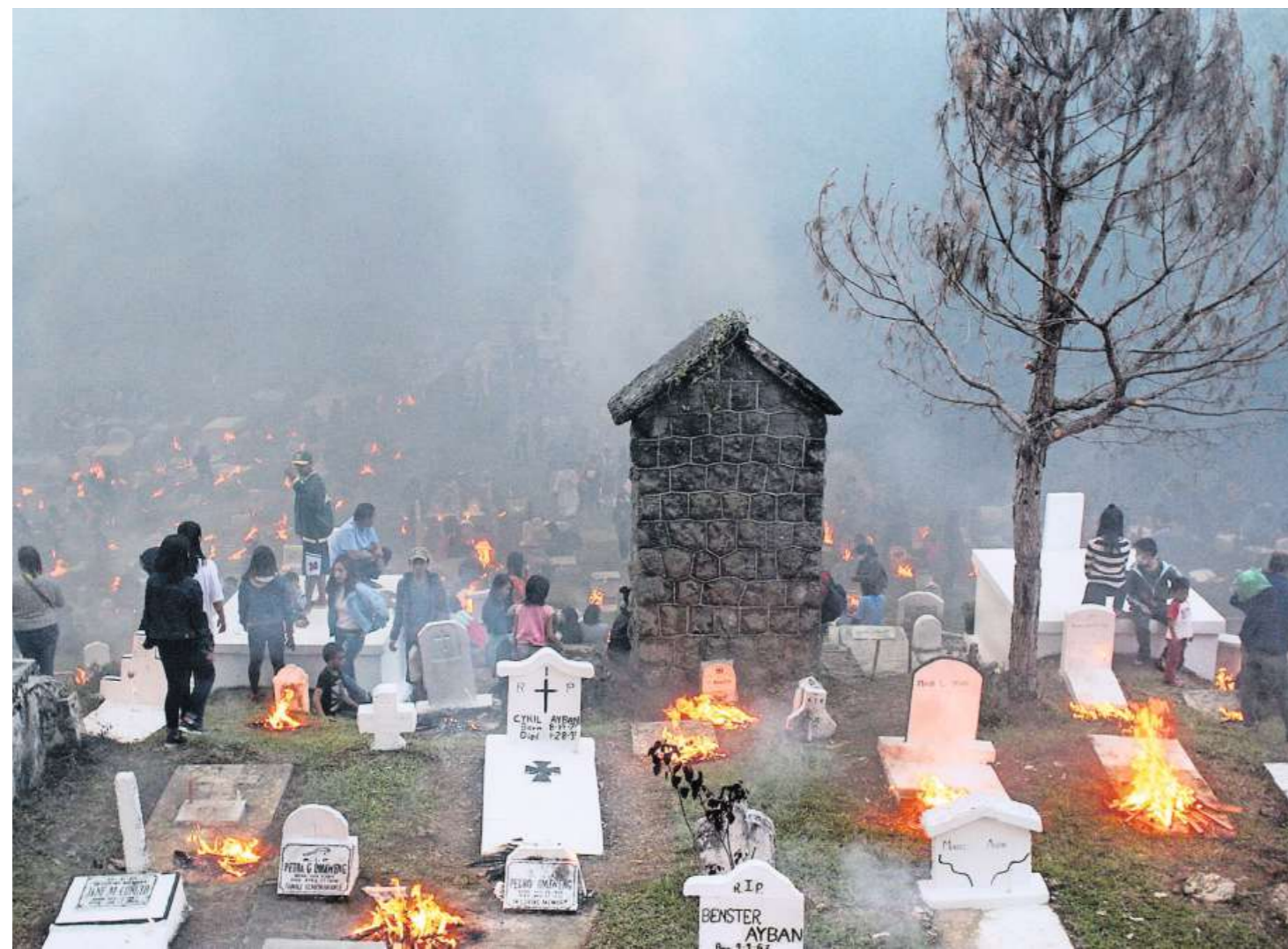
Die Richter hätten zwei Einwände gegen das Verbot stattgegeben, sodass nun in fünf Fällen fest festgestellt sei, teilt das Gericht mit.

## Nur Anbau und Verkauf verboten

In Mexiko ist der Gebrauch von Marihuana nicht gesetzlich verboten, wohl aber sein kommerzieller Anbau und Verkauf. Dadurch ist es nahezu unmöglich, die Droge legal zu bekommen. Der Kongress hatte aber im vergangenen Jahr die medizinische Nutzung der Droge legalisiert.

Mit der Regierung des künftigen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador ab Dezember könnte es zu einer Legalisierung Marihuanas kommen. Der Linkspolitiker sieht diese als sinnvoll, um den mächtigen Drogenkartellen den Markt zu entreissen. Die Legalisierung soll für alle Volljährigen gelten. (sda)

## Mit Feuer huldigen sie den Toten



**Philippinen** Die Kankanaey, ein indigenes Volk der nördlichen Philippinen, zünden in der Stadt Sagada auf den Gräbern ihrer verstorbenen Verwandten Feuer an. Wie auch wir gedenken die Philippiner am 1. November (Allerheiligen) der Toten. Hierzu benutzen sie anstelle von Kerzen Äste der Kiefer.

Bild: Diosina Junior/EPA (Sagada, 1. November 2018)

## Rabenaus wundersame Erlebnisse



**CVP schielt nach links**  
Die Partei gründet am 20. November eine christlichsoziale Vereinigung. 31

# Freude in Zug, Enttäuschung in Luzern

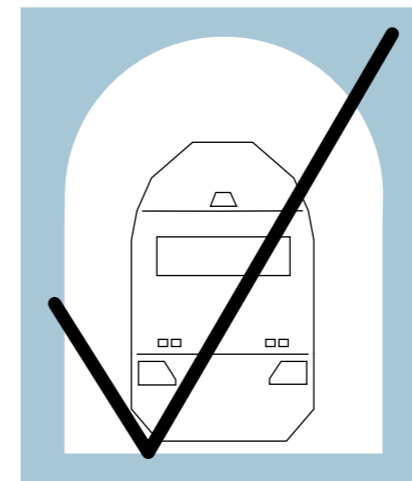
**Bahn** Viertelstundentakt zwischen Luzern und Zürich und Planung des Durchgangsbahnhofs Luzern: Der Bundesrat will in der Zentralschweiz viel Geld investieren. Ein Wermutstropfen bleibt aber.



Die Nachfrage im Personenverkehr soll bis 2040 um 51 Prozent steigen.

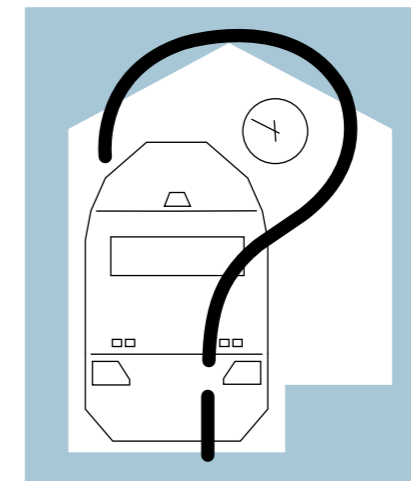
Bild: Gaëtan Bally/Keystone (13. Juni 2017)

**Ausbau schritt: 2035**  
Kosten: 1,3 Mrd. Franken  
Planung: bis 2020  
Inbetriebnahme: 2030–2035



**Zimmerberg-Basistunnel (Zug/Zürich)**

**Ausbau schritt: offen**  
Kosten: 2,4 Mrd. Franken  
Planung: bis 2028  
Inbetriebnahme: frühestens 2039



**Durchgangsbahnhof Luzern**

Quelle: BAV; Grafik: Lea Stiegwart

Ausbau schritt vorlegen. Dabei soll der 2,4 Milliarden Franken teure Durchgangsbahnhof geprüft werden. Küng fordert, dass das Projekt in der Botschaft explizit erwähnt wird und dass mit dem Ausbau schritt 2035 auch Mittel für Bau- und Vorbereitungsarbeiten gesprochen werden. Sonst könne es nach der Projektierung zu Verzögerungen kommen.

Das zweite Befürchtungen ist Küng nicht allein. Er werde sich «selbstverständlich in der Verkehrskommission dafür einsetzen», dass die Bauvorbereitung für den Durchgangsbahnhof in den Ausbau schritt 2035 aufgenommen wird,

sagt der Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber. Auch Ständerat Hans Wicki (FDP, Nidwalden) findet, dass es mehr Geld braucht als nur für die Planung. «Das zu konkretisieren, gehört nun zum parlamentarischen Prozess», sagt Wicki, der auch Präsident des Komitees Durchgangsbahnhof Luzern ist.

## Ständerat Graber verbreitet Optimismus

Trotz dieses Makels in der Botschaft des Bundesrats ist Konrad Graber zuversichtlich, dass der Durchgangsbahnhof im nächsten Ausbau schritt nach 2035

## Ausbau für 11,9 Milliarden

Der Bundesrat nimmt den Lötschberg-Basistunnel in den Ausbau schritt 2035 auf. Er folgt einem Wunsch, der in der Vernehmlassung geäußert worden war. Somit ist künftig der Halbstundentakt zwischen den Kantonen Bern und Wallis möglich. Der 35 Kilometer lange Tunnel ist heute nicht durchgehend zweispurig befahrbar. Von der zweiten Röhre sind sechs Kilometer noch nicht gebohrt und 14 Kilometer ohne Bahntechnik.

Bereits bekannt war, dass der Bahnhof Stadelhofen ausgebaut und der Brütener Tunnel zwischen Zürich und Winterthur realisiert werden soll. Der Bundesrat rechnet mit Investitionen von 11,9 Milliarden Franken. Das sind gegenüber dem Vernehmlassungsentwurf 400 Millionen mehr. Der Bund rechnet damit, dass bis 2040 die Nachfrage im Personenverkehr um 51 Prozent und im Güterverkehr um 45 Prozent steigen wird. (sda/cgl)

enthalten sein wird. «Der Bund kann es sich nicht leisten, 100 Millionen für die Planung aufzuwenden und dann das Projekt nicht zu realisieren.» Er spricht sogar davon, dass Luzern profitieren könnte, wenn Projekte in anderen Regionen stocken – beispielsweise wegen Einsparungen. Dann könnte der Durchgangsbahnhof plötzlich vorgezogen werden.

Kein Thema mehr ist eine Drittfinanzierung des Projekts. Diese Möglichkeit ist schon in der Vernehmlassung mehrheitlich abgelehnt worden, auch vom Kanton Luzern selber, obwohl Küng sich ursprünglich dafür stark gemacht hatte.

Kommentar

## Worte reichen nicht

**Bundesrätin Doris Leuthard will den Luzernern Mut machen.** Der Durchgangsbahnhof sei «unbestritten», Luzern solle bei der Planung «Gas geben». Dies sagte sie am Mittwoch bei der Präsentation ihrer Botschaft für den Ausbau schritt 2035. Doch den Worten folgen keine Taten. Der Bundesrat spricht zwar 100 Millionen Franken für die Planung, lässt aber offen, wie es danach weiter gehen soll.

Politiker aus der Zentralschweiz fordern zu Recht mehr Verbindlichkeit. Die Vergangenheit hat sie gelehrt, dass Gesagtes schnell wieder vergessen geht. Leuthards Worte mögen zwar gut gemeint sein. Sie sind aber nur dann etwas wert, wenn nun auch klar festgehalten wird, dass der Durchgangsbahnhof realisiert wird.

Daran haben auch die anderen Regionen ein Interesse. Die Wünsche für den Ausbau der Bahninfrastruktur übersteigen die vorhandenen Mittel um ein Vielfaches. Die Schweiz kann es sich nicht leisten, 100 Millionen für eine Planung auszugeben, die schliesslich im Papierkorb landet. Der Bundesrat war offenbar nicht mutig genug, den Durchgangsbahnhof für den nächsten Ausbau schritt verbindlich einzuplanen. Das muss nun das eidgenössische Parlament korrigieren. Und die Zentralschweiz muss weiter geschlossen Druck machen.



**Christian Glaus, Redaktor**  
christian.glaus@luzernerzeitung.ch

Die Luzerner Regierung kritisierte den Vorschlag des Bundesrats, weil die Kantone das finanzielle Risiko hätten tragen müssen. Nun sagt Küng: «Ich bin froh, dass die vorgeschlagene Drittfinanzierung vom Tisch ist.» Es sei politisch einfacher und sachgerechter, eine bessere Verankerung des Durchgangsbahnhofs im Ausbau schritt 2035 zu fordern.

Die Planung des Bahnhofsbaus dauert rund acht Jahre, die Bauarbeiten weitere zehn bis zwölf Jahre, wie Robert Küng vorrechnet. «Der frühestmögliche Termin für die Inbetriebnahme wäre somit im Jahr 2039.»

ANZEIGE

**10 JAHRE INSPIRATION**  
CREATE YOUR STYLE

Wir schenken Ihnen beim Kauf dieses edlen Sofa-Planungsprogramms den von Ihnen dafür ausgewählten Bezugsstoff aus unserer exklusiven Jubiläumssstoff-Kollektion!

**WOHN TEAM**  
Wohnteam Collection AG  
Pfistergasse 8 • 6003 Luzern  
Tel.: 041 241 14 41  
www.wohnteam.ch

Geschmackvoll wohnen lässt sich einrichten.  
Öffnungszeiten:  
Di.-Fr. 9.00-12.00 Uhr, 13.30-18.00 Uhr  
Sa. 9.00-16.00 Uhr durchgehend

ANZEIGE

**SCHLAFWOCHEN**  
bis 3. November 2018

**MÖBEL PORTMANN**  
Wohnideen aus Schöpfheim

Besuchen Sie uns auch unter [www.mobel-portmann.ch](http://www.mobel-portmann.ch)

**Ihre Gutscheine! Jetzt profitieren.\***

<b>GUTSCHEIN</b> Fr. 350.– bei einem Einkauf ab Fr. 2500.–	<b>GUTSCHEIN</b> Fr. 700.– bei einem Einkauf ab Fr. 5000.–	<b>GUTSCHEIN</b> Fr. 1400.– bei einem Einkauf ab Fr. 10 000.–
--	--	---

\*Gutschein netto Artikel, Schlaff-Hits und Hüser Nest Produkte